

Welche strukturellen Probleme hat der Haushalt in NRW? Steht NRW im Vergleich zu anderen Bundesländern besser oder schlechter da?

Walsken: Der Landeshaushalt ist in einer doppelt schwierigen Lage: Einmal brechen aufgrund der konjunkturellen Situation Steuereinnahmen deutlich weg. Zum zweiten drohen uns weitere Belastungen aufgrund bundesgesetzlicher Zusammenhänge, so dass wir zurzeit sagen müssen, 1,6 Milliarden Euro sind einzusparen. Das werden wir auch strukturell durch Haushaltskonsolidierung machen müssen. Wir werden zudem mögliche Auswirkungen aus einem Vorziehen der Steuerreform in Betracht ziehen müssen. Das ist im Moment noch nicht genau kalkulierbar, wird aber nach ersten Hochrechnungen auch einen Betrag um 1,3 Milliarden beinhalten, so dass wir heute schon sagen können, es wird recht schwierig, diese Gesamtsumme als Konsolidierungsmaßnahme im Haushalt durchzuführen. Wir befinden uns da in einem Konzert mit allen großen Bundesländern, die auch kaum in der Lage sind, über Konsolidierungsmaßnahmen einen Haushaltsausgleich herbeizuführen und die wahrscheinlich auch wieder darüber nachdenken müssen, die Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts auszurufen.

Diegel: Seit dem Start von Rot-Grün im Jahre 1995 haben sich die Landesschulden von 65 Milliarden Euro auf mehr als 95 Milliarden Euro erhöht. Das ist eine Steigerung um 46 Prozent in nur acht Jahren. Gleichzeitig hat das Land mehr als 32 Milliarden Euro an Zinsen gezahlt.



Gisela Walsken (SPD)

Das Land muss sich jedes Jahr höher verschulden, weil es nicht einmal mehr die Zinsen für Landesschulden zahlen kann.

Die Zinsen fressen die Substanz des Landes auf. Die Lage in Nordrhein-Westfalen spitzt sich so dramatisch zu, wie bei keinem anderen Flächenland.

länder. Ein strukturelles Problem ist sicher der Personalkostenbereich, insbesondere die Pensionsverbindlichkeiten, für die wir bis jetzt mit keinerlei Rückstellungen vorgesorgt haben. Da hat man die Interessen nachfolgender Generationen schlicht und ergreifend vergessen. Ein anderes Problem, das speziell NRW hat, ist der Strukturwandel im Ruhrgebiet, der aber gerade nicht die Aufrechterhaltung der Erhaltungssubventionen rechtfertigt.

Müller: Alles in allem denke ich, dass NRW nicht wesentlich schlechter oder besser da steht als andere Länder. Sicherlich gibt es Ausnahmen, aber jedes Land ist eben auch anders. Ein grundsätzliches, strukturelles Problem, sehe ich in der fehlenden Flexibilität des Haus-

Haushalt im Januar verabschiedet Handeln im Interesse der kommenden Generationen

Die Lage ist ernst. Die Neuverschuldung in Nordrhein-Westfalen wird in diesem Jahr einen neuen Rekordstand erreichen. Trotz der angespannten Lage plant die Landesregierung für die Jahre 2004/2005 einen Doppelhaushalt einzubringen. Über die derzeitige Haushaltslage sowie über Hoffnungen und Sorgen hinsichtlich des Doppelhaushalts sprach Landtag intern mit den haushaltspolitischen Sprechern der Fraktionen, Gisela Walsken (SPD), Helmut Diegel (CDU), Angela Freimuth (FDP) und Edith Müller (GRÜNE).

halts. Das Verhältnis der gesetzlich gebundenen Ausgaben zu den freien, verplanbaren Mitteln ist nicht günstig und gewährt uns kaum Handlungsspielraum. Zu den gebundenen Mitteln

zählen im Wesentlichen die, zu denen wir aufgrund von Bundes- und Landesgesetzen verpflichtet sind, Zinszahlungen sowie Ausgaben für das Personal, dazu gehören auch die Pensionen. Hier werden wir zu Flexibilisierungen kommen müssen. Von heute auf morgen wird das nicht zu erreichen sein. Ein wichtiger Schritt ist die Reform des öffentlichen Dienstes.

Wo drohen weitere Gefahren im Haushalt?

Walsken: Es könnten weitere Gefahren aus der Kommunalfinanzreform auf Bundesebene drohen. Der vorgelegte Gesetzentwurf sieht Veränderungen bei der Gewerbesteuer vor. Wir denken darüber nach, die Gewerbesteuerbasis zu erweitern, also auch Mieten, Zinsen und Pachten mit einzubeziehen. Das wird natürlich dazu führen, dass wir eine Veränderung in der Länderverteilung der Gewerbesteuer haben werden. Und da plant der Bund, die Länder entsprechend zu beteiligen. Wir sind jedoch der



Helmut Diegel (CDU)

Meinung, eine Gemeindefinanzreform kann nicht zu Lasten der Länder erfolgen. Zweites Thema ist die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Hieraus wird es Minder Ausgaben für die Gemeinden zu Lasten des Bundes geben. Der Bund diskutiert zurzeit darüber, diese rund 10 Milliarden zu einem großen Teil auch wieder an die Länder weiter zu geben. Von daher gibt es hier eine ganze Reihe struktureller Probleme, die uns drohen.

Diegel: Die Versorgungslasten des Landes werden in den nächsten Jahren dramatisch steigen; allein 2004 um mehr als 10 Prozent. Damit wird die heute schon bei 42,5 Prozent liegende Personalkostenquote weiter steigen. Zudem ist absehbar, dass selbst die im Nachtragshaushalt 2003 vorgesehene Nettoneuverschuldung von 5,7 Milliarden Euro nicht ausreichen wird. Rot-Grün hat die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen abgewürgt und sich damit Steuereinnahmen in Milliardenhöhe abgeschnitten. Wenn es mit der Wirtschaft nicht kräftig bergauf geht, drohen 2004/2005 weitere Haushaltslöcher in Milliardenhöhe.

Freimuth: Die drohenden Pensionsverbindlichkeiten sind Sprengstoff für die Haushalte der kommenden Jahre, wenn wir nicht vorsorgen. Wir haben zum Haushalt 2003 den Antrag gestellt, zumindest für die neu einzustellenden Beamtinnen und Beamten eine Pensionsvorsorge einzurichten. Dieser Antrag ist abgelehnt worden. Das wäre aber mal ein Einstieg gewesen in eine nachhaltige Finanz- und Haushaltspolitik. Wir haben von 1990 bis 2002 eine Steigerung von 94,8 Prozent im Bereich der Versorgungsausgaben gehabt. Da ist mit Freiheit und Gestaltungsspielräumen für unsere eigene Generation schon nichts und für die Nachfolgenden erst recht nichts.

Müller: Eine große Gefahr besteht in der konjunkturellen Schwäche, die wir zurzeit erleben, mit den daraus resultierenden Konsequenzen für die öffentlichen Haushalte. Wenn wir nicht damit beginnen, vorausschauender zu planen, ausreichend zu konsolidieren und unsere Einnahmen zu stabilisieren, sehe ich die Gefahr, noch tiefer in die Schuldenfalle abzugleiten. Ich plädiere deshalb auch für einen nationalen Stabilitätspakt.

Wie sieht der Zeitplan aus?

Walsken: Das Kabinett wird am 23. September abschließend den Haushaltsentwurf beschließen. Dann gibt es wie immer die Drucklegungsphase bevor wir den Entwurf Mitte November ins Plenum einbringen werden. Es ist dann geplant, den Entwurf Ende Januar 2004 zu verabschieden.

Diegel: Die CDU-Fraktion hofft, dass die Landesregierung Anfang November einen verfassungsgemäßen Haushaltsentwurf einbringen wird. Wahrscheinlich wird die November-Steuerschätzung den Entwurf bereits wenige Tage nach seiner Einbringung schon wieder überholen.

Freimuth: Wir hatten ja schon einen Zeitplan. Es bleibt abzuwarten, ob und wann die Landesregierung sich im Kabinett auf einen Haushaltsentwurf verständigen kann. Bislang sind deren Beratungen nicht abgeschlossen. Ich bin gespannt, ob der Entwurf dann auch dem Wirtschaftlichkeitsgebot Rechnung trägt.

Müller: Meine Fraktion hat die Absicht, bis zur Weihnachtspause die wesentlichen Beschlüsse zu fassen. Abschließende Beratungen sind für Anfang Januar vorgesehen, Ende Januar entscheidet dann das Parlament.

Hat die vom Verfassungsgerichtshof in Münster für verfassungswidrig erklärte Praxis, Rücklagen aus Schulden zu bilden, Konsequenzen für den Doppelhaushalt 2004/2005?

Walsken: Sicherlich werden wir das Verfassungsgerichtsurteil berücksichtigen und mit mehreren Stellen im Haushalt noch mal abgleichen müssen. Es wird sicherlich Auswirkungen haben. Ich denke beispielsweise an den Pensionsfonds, den wir gebildet haben und der nach der Recht-

sprechung zumindest so, wie er derzeit in der Presse diskutiert wird, nicht machbar ist.

Diegel: Besondere Bedeutung für den Doppelhaushalt 2004/2005 haben die Vorgaben des Verfassungsgerichts zum Wirtschaftlichkeitsgebot und zur Verschuldungsbegrenzung. Das Gericht hat den jahrelangen Haushaltstricksereien ebenso ein Ende gesetzt wie dem Substanzverzehr auf Kosten unserer Kinder, für die vor allem der heutige Ministerpräsident verantwortlich ist. Auf Rücklagen wird die Landesregierung 2004/2005 nicht zurückgreifen können. An Aufgabenkritik, Schwerpunktsetzung und solider Finanzpolitik geht kein Weg mehr vorbei. Wenn das Kabinett sich daran nicht hält, wird Ministerpräsident Steinbrück erneut Schiffbruch erleiden.



Edith Müller (GRÜNE)



Angela Freimuth (FDP)

Fotos: Schälte

Freimuth: Konsequenzen hat es hoffentlich. Das ist schon eine kräftige Ohrfeige, die das Verfassungsgericht dem Landtag als Haushaltsgesetzgeber verpasst hat. Das Verfassungsgericht hat deutlich gesagt, dass wir an nachfolgende Generationen denken und eine wirtschaftliche und nachhaltige Finanzpolitik betreiben müssen. Ich erwarte auch von den Koalitionsfraktionen, dass sie gegenüber „ihrer“ Landesregierung etwas selbstbewusster auftreten und dass wir als Parlament insgesamt mit dem Bewusstsein auftreten, dass wir der Haushaltsgesetzgeber und nicht der Bittsteller der Landesregierung sind.

Müller: Wir haben gemeinsam mit der SPD die Landesregierung aufgefordert, künftig trotz der bisherigen Staatspraxis von der Bildung und der Auflösung von allgemeinen Rücklagen in einem kreditfinanzierten Haushalt Abstand zu nehmen und damit dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes zu entsprechen.

Die Gespräche führten Stephanie Hajdamowicz, Jürgen Knepper und Axel Bäumer.